Entscheidung
In dem Wahlanfechtungsverfahren
1/2006/WA

auf Antrag von

- Antragsteller und Berufungsführer -

beteiligt:

wegen

Anfechtung von Wahlen im Rahmen der Kreisvollversammlung T. am 19. November
2005

hat die Bundesschiedskommission am 26. Februar unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende

Werner Ballhausen, Stellvertretender Vorsitzender und

Prof. Dr. Roland Rixecker, Stellvertretender Vorsitzender

beschlossen:

Die Berufung wird als unzulässig verworfen.

Gründe:

I.

Mit seinem am 25. Januar 2006 bei der Bundesschiedskommission eingegangenen "Einspruch" wendet sich der Antragsteller - zugleich "im Namen von 61 Unterzeichnern"- gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission B. vom 28. Dezember 2005 und bittet um Überprüfung. Darin wurde die Anfechtung des Landesvorstandsbeschlusses vom 12. Dezember 2005 durch den Antragsteller u.a. zurückgewiesen. Dem lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 19. November 2005 fand im SPD-Kreisverband eine Kreisvollversammlung statt, zu der 574 Mitglieder eingeladen waren; u.a. sollten die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksliste zum Abgeordnetenhaus sowie für die Bezirksliste zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung gewählt werden. Unter Vorlage einer Liste mit weiteren 17 Unterschriften von Genossinnen und Genossen focht der Antragsteller die Wahlen mit - im Wesentlichen - der Begründung an, es seien bei einigen Wahlgängen unterschiedliche Stimmzettel verwendet worden. Diese Wahlanfechtung wies der SPD-Landesvorstand mit Entscheidung vom 12. Dezember 2005 mit der Begründung, das notwendige Quorum nach § 11 Abs. 2c der Wahlordnung - WahlO - sei nicht erreicht, zurück; die Anfechtungsfrist nach § 11 Abs. 3 WahlO sei am 3. Dezember 2005 abgelaufen gewesen. Hiergegen rief der Antragsteller mit am 21. Dezember 2005 eingegangenen Schreiben unter Vorlage weiterer Listen mit Unterschriften die Landesschiedskommission an. Zur Begründung wurde auf das bisherige Vorbringen verwiesen sowie darauf, dass man von dem neuen erforderlichen Quorum erst am 01. Dezember 2005 erfahren habe und deswegen die notwendigen Unterschriften nicht mehr rechtzeitig vor Fristablauf habe ergänzen können; dies sei jetzt nachgeholt worden. Zu prüfen sei auch, ob die Einspruchsfrist nicht erst ab Vorliegen des endgültigen Protokolls gerechnet werden dürfte.

Der SPD-Landesverband tritt dem Rechtsbehelf entgegen und verweist auf das bisher durchgeführte Verfahren und die von ihm in dessen Verlauf eingeholten rechtlichen Stellungnahmen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Akten verwiesen.

Der am 25. Januar 2006 bei der Bundesschiedskommission eingegangene "Einspruch" gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission, den die Bundesschiedskommission als Berufung wertet, ist als unzulässig zu verwerfen. Nach dem Satzungsrecht der SPD ist in einem Verfahren wie dem vorliegenden ein Rechtsmittel zur Bundesschiedskommission nicht gegeben. Deswegen kann - weil somit Fristen auch nicht laufen - dahingestellt bleiben, wann und wie der Antragstellerseite die Entscheidung der Landesschiedskommission zugestellt worden ist und ob nicht die Landesschiedskommission zumindest zur Klarstellung in sinngemäßer Anwendung von § 13 Abs. 5 SchiedsO ihrer Entscheidung eine Rechtsmittelbelehrung hätte beifügen sollen, wonach eine Berufung nicht gegeben ist (§ 13 Abs. 4 WahlO).

Dabei geht die Bundesschiedskommission - ebenso wie die Vorinstanz - davon aus, dass das Statutenrecht der Partei - zu dem neben dem Organisationsstatut u.a. auch die Schiedsordnung und die Wahlordnung gehören - Anwendung in der Fassung findet, die es nach der Beschlussfassung auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe vom 14.-16. November 2005 erhalten hat. Denn nach § 38 Abs. 1 OrgStatut werden Änderungen und Neufassungen grundsätzlich mit ihrer Beschlussfassung wirksam. Die fragliche Wahlversammlung hat am 19. November 2005 und somit nach diesem Zeitpunkt stattgefunden.

Nach der Wahlordnung in der geltenden Fassung ist - ebenso wie übrigens bereits unter der Geltung der früheren Fassung - im Wahlanfechtungs- oder Nichtigkeitsverfahren grundsätzlich ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung einer Bezirks- oder Landesschiedskommission nicht gegeben, es sei denn, diese hätte die Berufung zur Bundesschiedskommission ausdrücklich zugelassen, weil die Sache nach ihrer Auffassung grundsätzliche Bedeutung hat oder eine Entscheidung der Bundesschiedskommission im Interesse der einheitlichen Auslegung der Wahlordnung liegt (§ 13 Abs. 4 Satz 2 WahlO); eine solche - zugelassene - Berufung wäre übrigens innerhalb von einer Woche nach Zustellung der Entscheidung der Vorinstanz bei der Bundesschiedskommission einzulegen (§ 13 Abs. 4 Satz 3 WahlO).

Eine derartige Zulassung der Berufung enthält die angefochtene Entscheidung der Landesschiedskommission nicht. Dieser war auch die Geltung der Wahl- und Schiedsordnung in der Neufassung bewusst; dies ergibt sich aus dem Inhalt ihrer Entscheidung, die zur Begründung der Zurückweisung wegen Nichterreicherung des Quorums der Anfechtenden auf die Formulierung in § 11 Abs. 2c WahlO - also der Neufassung - Bezug nimmt.

Danach kommt es auch nicht darauf an, ob die Antragstellerseite im Verfahren vor der Landesschiedskommission die Vorlage der notwendigen Unterschriften noch nachholen konnte oder zumindest jetzt mit der Rechtsmitteleinlegung zur Bundesschiedskommission eine den neuen Anforderungen gerecht werdende Zahl von Unterschriften vorlag. Allerdings sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Antragstellerseite mit dem Einwand, die Frist zur Einlegung der Wahlanfechtung könne erst zu laufen beginnen, wenn ein vom Wahlvorstand unterzeichnetes Protokoll vorliege, nicht gehört werden könnten. Denn § 11 Abs. 3 Satz 1 WahlO regelt eindeutig, dass eine Wahlanfechtung nur binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die Wahl stattgefunden hat, zulässig ist. Diese Regelung ist - ebenso wie die im Vergleich zu Parteiordnungs- und Statutenstreitverfahren deutlich kürzeren Rechtsmittelfristen

und vorgegebenen Entscheidungsfristen in Wahlanfechtungsverfahren im Übrigen - Ausdruck des Umstands, dass bei Wahlen möglichst bald Klarheit über ihre Wirksamkeit geschaffen werden soll.

Nach alledem braucht auf die im Verfahren aufgeworfenen inhaltlichen Fragen nicht eingegangen zu werden.

Hannelore Kohl, Vorsitzende